

Interpellation Marianne Hazenkamp-von Arx betreffend Baumfällungen an der Wiese

Wortlaut:

„Ein grosser Teil der Riehener Bevölkerung ist empört und entsetzt, dass die Bäume an der Wiese entgegen den anfänglichen Versprechen der Regierung fünf Tage vor der Abstimmung über die Wiese-Initiative gefällt wurden. Das demokratische Recht wurde damit verletzt, auch wenn die Initiative den Bau der Strasse nicht direkt verhindern kann. Doch immerhin fordert sie Abklärungen in Bezug auf seltene Pflanzen und Tiere und ihren Lebensraum. Dies ist nach der Rodung und weitgehenden Zerstörung des Geländes schwierig zu eruieren.

Weiter musste festgestellt werden, dass beidseitig der Wiese der Boden zwischen dem Bach und dem Strässlein praktisch platt gewalzt und umgepflügt wurde. Das erstaunt, vor allem da abgemacht wurde, dass der Bau der Strasse ökologisch sorgfältig ausgeführt werde.

Auch wenn die Verantwortung bei der kantonalen Regierung liegt, die Fällungen sind auf Riehener Boden geschehen und die Riehener Bevölkerung ist unmittelbar betroffen. Deshalb ist es wichtig zu wissen, wie sich der Gemeinderat wehrt(e) und wie dieser Naherholungsraum im grossen grünen Dorf nun in Zukunft aussehen wird.

Deshalb bitte ich den Gemeinderat, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Seit wann war der Gemeinderat informiert, dass die Rodungen vor dem Abstimmungstermin stattfinden wird?
2. Hat der Gemeinderat sich gewehrt, dass die Rodungsbewilligung vor der Abstimmung und den Riehener Gesamterneuerungswahlen stattfinden? Wie hat er sich gewehrt?
3. Hat der Gemeinderat wie beim letzten Mal die verschiedenen Parteien in das Gemeindehaus an den runden Tisch gebeten? Warum ist dies nicht zustande gekommen?
4. Wieso hat der Gemeinderat in seiner Medienmitteilung vom 3. Februar nicht erwähnt, dass noch nicht alle Bedingungen für den Strassenbau erfüllt sind (Enteignung, geologische Abklärungen, Trinkwasserschutz)?
5. Wurde der Gemeinderat von der Regierung informiert, dass sie durch den Advokaten Brigger wegen der Verletzung der Eigentumsrechte offiziell vor straf- und zivilrechtlichen Schritten gewarnt wurden? Falls ja: Wie hat der Gemeinderat darauf reagiert?
6. Weil nicht alle Bedingungen erfüllt sind, ist anzunehmen, dass der Bau zumindest noch längere Zeit nicht weitergeführt wird. Wie können sich in dieser Zeit die Bevölkerung und die AnwohnerInnen dort bewegen?
7. Was wird der Gemeinderat unternehmen, wenn die hydrologischen und geologischen Risiken nicht genügend abgeschätzt werden und/oder keine tauglichen Massnahmen präsentiert werden, welche

- die Hangrutschgefahr oder Verschmutzung des Trinkwassers bannen werden?
8. Welche Wünsche betreffend der Zollfreistrasse hat der Gemeinderat an die Regierung gestellt?
 9. Was hat die Regierung für Versprechungen abgegeben betreffend weiteres Vorgehen und Zeitplan?
 10. Könnte die Gemeinde an der Wiese eine offizielle Infowand hinstellen, wo sich die Bevölkerung über den Stand der Dinge informieren kann und ihr Platz lässt für private Einträge?
 11. Ist der Gemeinderat bereit, die Regierung zu unterstützen, im Falle einer Annahme der Wiese-Initiative ihren Verpflichtungen aus diesem Volksentscheid nachzukommen und die Vereinbarkeit des Strassenbaus mit der Berner Konvention überprüfen zu lassen?"

Eingegangen: 9. Februar 2006